Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 173 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 Mk. durch die Boten 4,90, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 4,92 Mark. | **Halver** Montag, den 28. Juli 1919. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 70 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **19. Jahrgang**

Der erste Auslandskredit.

Die erste Auslandsbriefpost nach dem Kriege ist von Amerika her unterwegs nach Deutschland, und der erste Auslandskredit ist uns gleichfalls in den Vereinigten Staaten bewilligt worden. Wir können danach ungefähr bestimmen, woher der Wind weht, der uns vielleicht wieder flott machen könnte von der Sandbank, auf die uns die Stürme des Krieges geworfen haben. Dürfen aber dabei keinen Augenblick vergessen, daß die Amerikaner nicht etwa um unserer schönen Augen willen tun, was sie für richtig halten. Sie sind praktische Politiker und gänzlich unsentimentale Geschäftsleute, und wenn sie vor den Engländern und Franzosen wieder mit uns zu Friedensbeziehungen gelangen wollen, so beeilen sie sich in dieser Weise selbstverständlich unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit: ihre Hilfe werden wir zu bezahlen haben, wie sich das unter nüchternen Gegenwartsmenschen gehört.

Ein Hundertmillionen-Dollargeschäft ist es, das zunächst zum Abschluß gekommen ist. Bei uns tritt die Deutsche Bank, drüben eine große Bankgruppe als Vertragspartei auf. Die Genehmigung der beiden Regierungen scheint bereits erteilt zu sein, und so werden wir die Waren und Lebensmittel, die uns in den nächsten Wochen und Monaten über das Große Wasser zufließen sollen, einstweilen mit geliehenem amerikanischem Gelde bezahlen können. Das Darlehen wird auf drei Monate gewährt, kann aber jeweilig verlängert werden und ist mit 10% des Gesamtbetrages in amerikanischen und anderen Wertpapieren sicherzustellen. Ein Tropfen auf den heißen Stein, mehr nicht. Aber daß uns überhaupt wieder Auslandskredit gewährt wird, muß natürlich unserer allgemeinen Kreditwürdigkeit zustatten kommen, und wenn wir sehen, daß man im Auslande die inneren Schwierigkeiten, mit denen wir seit Monaten so schwer zu kämpfen haben, nicht gar so tragisch nimmt wie das bei uns selbst vielfach der Fall ist, wird auch vielleicht in Deutschland wieder etwas mehr Zuversicht in die Neuaufrichtung unserer zusammengebrochenen Volkswirtschaft lebendig werden. Und wenn es nützlich ist, Genossen im Unglück zu haben, so brauchen wir nur nach England zu blicken, wo in den Volksmassen nichts weniger als Siegesstimmung herrscht und wo die wirtschaftlichen Ausblicke in die nächste Zukunft sich fortgesetzt verschlechtern. Der britische Lebensmittelkontrolleur macht aus seinen ernsten Sorgen um die immer unerschwinglicher werdenden Nahrungsmittelpreise kein Hehl. Der Schatzsekretär warnt warnend auf anhaltendes Sinken des Sterlingskurses hin, und im Unterhause jammert die Regierung über die ersaufenden Steinkohlenbergwerke, was wahrlich nicht zu einer Verbilligung der unerhört gestiegenen Kohlenpreise führen kann. Überhaupt machen die Arbeiter dem eben als Triumphator aus Frankreich heimgekehrten Premierminister furchtbar zu schaffen. Jetzt scheint erst ein regelrechter Feldzug gegen ihn eingeleitet zu werden, wobei ebensowohl wirtschaftliche wie politische Forderungen zur Debatte stehen. Noch größer sind die finanziellen Sorgen, mit denen man sich in Frankreich herumschlagen muß. Der Kammerausschuß verlangt eine jährliche Abschlagszahlung von mindestens einer Milliarde für eine Periode von 50 Jahren und ist der Meinung, daß die Verbündeten für diese Summe gewisse Garantien leisten, d. h. sie schon vorher in bares Geld umsetzen müßten, da Frankreich sonst in die größten Verlegenheiten geraten würde. Herrn Wilson wird vorgehalten, daß er bei Regelung der finanziellen Fragen sich für Deutschland eingesetzt habe mit der Begründung, wenn eine Kuh Milch liefern solle, müsse man ihr auch Futter geben. Und man versäumt nicht darauf hinzuweisen, daß Amerika für die Verpflegung seiner Soldaten im besetzten deutschen Gebiet uns 12 Frank täglich aufrechnet, während Frankreich einen Satz von nur sechs Frank für angemessen hält. Das sind Sticheleien, die vermutlich die Stimmung in Newyork und Washington nicht gerade rosiger gestalten werden. Jedenfalls ersieht man aber aus allen diesen Vorgängen, wie groß die Abhängigkeit ist, in die unsere europäischen Nachbarländer Amerika gegenüber geraten sind, und wie schmerzlich sie diesen Zustand jetzt empfinden, wo nach der Beendigung des Krieges die Gesamtbilanz des kostspieligen Unternehmens zu ziehen ist.

Wie gesagt, es ist kein Segen für uns, daß die amerikanische Hochfinanz sich schon heute unserer annehmen will. Aber daß man auch in Paris und in London keineswegs auf Rosen gebettet ist, kann uns ein kleiner Trost sein in den dunklen Tagen, durch die wir uns jetzt durchzukämpfen haben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Deutsch-polnischer Geiselaustausch.** Das Politische Departement des Obersten Polnischen Volksrats hat in einem Funkspruch an den preußischen Minister des Innern verlangt, daß die polnischen Internierten in Preußen, namentlich in Schlesien, rasch und restlos freigelassen und in ihre Wohnorte zurückbefördert werden, damit auch die polnische Regierung den Rest der deutschen Internierten, deren größter Teil von ihnen bereits in Freiheit gesetzt sei, entlassen könne. Der Minister des Innern hat in seiner ebenfalls durch Funkspruch übermittelten Antwort festgestellt, daß nach den vorliegenden Berichten zahlreicher Deutscher aus Posen in der letzten Zeit von polnischer Seite Tausende von Deutschen jedes Standes, Alters und Geschlechts interniert und nur wenige entlassen worden seien. Seitens der preußischen Regierung würden schon seit längerer Zeit Geiseln nicht mehr genommen. Sie sei nach wie vor bereit, wegen der gegenseitigen, restlosen sofortigen Freigabe aller Internierten in Unterhandlungen zu treten und erwarte alsbaldige Erklärung zu diesem Vorschlage.

+ **Drohender Landarbeiterstreik in Hessen-Kassel.** Der Landarbeiter-Verband Kassel beschloß, in einem Ultimatum die Annahme eines weitgehenden Tarifvertrages bis 1. August zu fordern, widrigenfalls ein allgemeiner Ausstand erfolgen werde.

+ **Sozialisierung der Ilseder Erzlager.** Um die durch den Friedensvertrag erschwerte Verordnung der Deutschen, eine Hütte mit Erzen nach Möglichkeit sicherzustellen, ist die Überführung der reichen Erzlager des Ilseder-Peiner Bezirkes in Reichsbesitz in Aussicht genommen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung noch in dieser Tagung zur Beschlußfassung zugehen.

+ **Über die Zukunft der Rheinlande** finden in Düsseldorf unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Hirsch Besprechungen mit den Interessenten statt. Der Minister wies darauf hin, daß die rheinische Frage eine der wichtigsten, ja vielleicht die bedeutendste Frage für Preußen und Deutschland darstelle. Der Ministerpräsident erklärte weiter, daß die Staatsregierung nach wie vor Gegner eines solchen Planes sei und nicht nur im preußischen, sondern auch im deutschen Interesse auf diesem Standpunkt stehe. Oberbürgermeister Adenauer-Köln betonte, daß die Frage vielfach falsch beurteilt werde. An Unternehmungen, wie sie von Dorten und Genossen in Wiesbaden durchgeführt worden seien, denke im Rheinlande kein anständig denkender Mensch. Man dürfe aber nicht verkennen, daß die Lage des Rheinlandes ungemein schwierig sei, was außerhalb der Rheinprovinz nicht beachtet werde. Es sei notwendig, das deutsche Einheits- und Zugehörigkeitsgefühl zu stärken.

Italien.

× **Mißglückter Generalstreik.** Der für den 21. Juli geplant gewesene Generalstreik hat mit einem gänzlichen Mißerfolg geendet. Den Aufforderungen zu Demonstrationen folgten in Rom nur etwa 700 und in Neapel gar bloß 200 Personen. In allen übrigen Teilen des Landes war es völlig still. Allenthalben sind die Arbeiter streikmüde.

Wirtschaftliche Schiedsgerichte.

Die Arbeitnehmer aller Zeiten haben eigentlich auf dem Standpunkt gestanden, daß das Streiken die gegebene Waffe gegenüber dem Arbeitgeber sei. Ganz besonders aber in der kapitalistischen Wirtschaft hat es der Arbeiter stets als sein unveräußerliches Menschenrecht betrachtet, gemeinsam „die Brocken hinzuschmeißen", wenn er Grund zur Beschwerde zu haben glaubte und seinen Klagen nicht anders abhelfen konnte. Besonders seit der Revolution aber sind wir in Deutschland in einer Weise von Ausständen heimgesucht, die einen unbefangenen Beurteiler zu der Meinung bringen müßte, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer sei geradezu ins Ungeheuerliche gestiegen und jene hätten überhaupt keine andere Möglichkeit als den Ausstand, um sich ihren Teil am Einkommen unserer Volkswirtschaft zu erkämpfen. Daß dem nicht so ist, daß im Grunde genommen sogar der Unternehmer heute einen wesentlich schwächeren Stand hat als der Arbeiter, weiß jeder unbefangene Beurteiler, und das wird schließlich sogar fast jeder Arbeiter bei ruhiger Überlegung zugeben müssen.

Es verlohnt wohl aber einmal der Mühe, darüber nachzudenken, ob denn der Ausstand als solcher nicht jetzt überhaupt etwas anderes geworden ist als vor der Revolution, mit anderen Worten, ob es überhaupt noch eine innere Berechtigung zum Streik gibt. Daß im alten Deutschland eine solche vorhanden war, bedarf keines Nachweises: es gab ja u. a. weder ein geordnetes Schiedsverfahren, noch war die Bereitwilligkeit, sich einem Schiedsspruche zu unterwerfen, allgemein; vor allem fehlte es an ihr häufig bei den Arbeitgebern. Und letzten Endes — selbst wenn einmal ein Ausstand in sich nicht voll berechtigt sein mochte, die Schäden, die jeder von ihnen unserer Volkswirtschaft schlug, waren angesichts deren gesunder Verfassung zu ertragen und rasch auszugleichen. Wie aber ist die Lage jetzt? Gibt es irgendeinen Arbeiter, der ernsthaft die Ansicht vertritt, daß eine Arbeitgebergruppe es heute wagen dürfte, sich dem Spruche eines unparteiisch zusammengesetzten Schiedsgerichtes zu widersetzen, wie solche ja heute vorgeschrieben sind? Und auf der anderen Seite kann irgend jemand, der nicht bewußt auf die völlige Vernichtung unserer Volkswirtschaft und damit unseres Volkes hinarbeiten will, leugnen, daß heute jeder Streiktag irgendwelcher Arbeitergruppe einen Schaden für uns bedeutet, der kaum zu ertragen und kaum gutzumachen ist?

Das Eigentümliche bei dieser Lage ist, daß die größten Ausstandsfreunde, um nicht zu sagen die übelsten Streikhetzer, in den Reihen derer zu finden sind, die sich als die schärfsten Gegner des Krieges geben und die den Ge-

Nur ein Mensch.

Roman von C. Gerhard.

2 (Nachdruck verboten.)

Der Professor verbeugte sich zustimmend; als nun aber wieder Mr. Humpward am Klavier Platz nahm, verließ er leise den Salon, um noch eine ganze Weile oben auf seinem Balkon zu sitzen. Zwar war der Abend schon ein wenig kühl, aber die Luft war rein und klar und wundervoll schimmerte der See in des Mondes silbernem Licht. Dem Einsamen ward es wohl und weich zu Sinne, und lange noch umtönte ihn der Klang jener warmen Mädchenstimme.

2. Kapitel.

Am folgenden Morgen bald nach zehn Uhr brachen die Spaziergänger auf. Ein bequemer, nur allmählich ansteigender Weg führte hinauf zur Höhe, auf deren breitem Rücken sich verschiedene Hotels befinden.

Der Professor sah die Freundinnen vor sich hergehen, beide, obgleich ohne Alpenstöcke, leicht und sicher. Mühsam keuchte Mr. Humpward hinterher, bestrebt, die Damen zu erreichen. Endlich hatten sie Mitleid mit ihm und erwarteten ihn. Diese Gelegenheit benutzte Jensen zu der Bitte, sich ihnen gleichfalls anschließen zu dürfen. Da er sich sofort mit lebhaften Worten des Dankes für ihren gestrigen Gesang an Jutta wandte, machte es sich von selbst, daß er allein mit ihr voranging.

„Ich habe lange nicht gute Musik gehört", sagte er, „und gestern wieder ganz ihren Zauber empfunden, jene Macht, die an die Seele rührt. Sie müssen vorzügliche Lehrmeister gehabt haben, gnädiges Fräulein."

„Meine Mutter hat mich unterrichtet", antwortete sie mit leicht umflorter Stimme. „Sie selbst hatte, in ihrer Jugend bei berühmten Meistern studiert, auch in Konzerten mitgewirkt, und es beglückte sie, als sie bei mir einen schwachen Abglanz ihrer Begabung entdeckte. Ihr, wie meinem Vater verdanke ich in jeder Richtung meine Kenntnisse. Wir lebten größtenteils auf dem Lande, und da meine Eltern fremde Menschen in unserem Hause nicht liebten, unterrichteten sie mich bis zu ihrem Tode selbst."

„Armes Mädchen!" dachte der Professor. So früh schon verwaist! Daher auch der schwermütige Ausdruck ihrer Augen, der gehaltene Ernst ihres Wesens! Auf seine teilnehmende Frage erzählte sie ihm, daß sie nach ihrer Mutter Hinscheiden ein Jahr in Pommern bei Verwandten, einem Vetter ihres Vaters und dessen Familie gelebt. „Länger aber ertrug ich es nicht und ging daher nach Genf."

„Man war lieblos gegen Sie?" fragte er.

„Nein, nein! Onkel Holdern, seine Frau, mein Vetter und meine Basen hatten mich auf ihre Art gerne, aber wir verstanden uns nicht. Ich vermochte es nicht, mich ausschließlich für die Bewirtschaftung des Gutes und den Haushalt zu interessieren, nicht Vergnügen an jener dort üblichen leeren Geselligkeit zu finden. Außerdem war ich es nicht gewöhnt, jede persönliche Angelegenheit dem Familienrat zu unterbreiten.

Onkel und Tante waren sehr unzufrieden mit mir, ihre Töchter nannten mich überspannt und entsetzten sich, als ich einmal bei einem Gespräche über Literatur, das ein Fremder angeregt, erklärte, Nietzsche und Schopenhauer gelesen zu haben. Halten Sie mich nicht für geistig hochmütig, — aber ich war in einer so völlig andern Umgebung aufgewachsen, daß ich in Holdernkron zu ersticken meinte. Anderes kam noch hinzu, — kurz, ich trennte mich, wenn auch im besten Einvernehmen von meinen Verwandten."

„Und taten damit das Richtige", fiel er lebhaft ein. „Jeder Mensch hat Pflichten gegen sich selbst; es ist unser höchstes Vorrecht, unserer Eigenart gemäß zu leben, unsere Fähigkeiten bis zur äußersten Vollkommenheit auszubilden. Das erreicht man nicht in stehenden Gewässern, sondern nur im flutenden, gewaltigen Strome des Lebens."

Sie sah dankbar zu ihm auf; es tat ihr wohl, von dem bedeutenden Manne verstanden zu sein, und eifrig spannen beide den Faden des Gespräches fort.

Allmählich hatten sie den Gipfel des Berges erreicht. Man hat von dort einen herrlichen, weiten Blick über den ganzen See vom flutenumrauschten Chillon bis hin zum fernen Genf. Hella, die sich mit ihrem Begleiter der Freundin und dem Professor zugesellt, machte in höchst anmutiger Weise den Cicerone. Sie war schon mehrmals in Montreux gewesen und kannte jeden Berg, jedes der zahlreichen Schlößchen, die wie hingeweht auf den Höhen liegen, alle Sagen und geschichtlichen Episoden, die sich an die angrenzenden Ortschaften knüpfen.

Nachdem man mit der ganzen Gesellschaft in einem der Hotels unter heiteren Gesprächen gefrühstückt, wurde der Rückweg angetreten, Jutta schaute noch einmal entzückt auf das oft geschaute und doch nie seinen Reiz verlierende Bild. Ihre Lippen waren leicht geöffnet, ihre Augen strahlten, es lag wie eine Verklärung auf ihren Zügen. Jensen, der ein wenig tiefer als sie stand, blickte nicht auf den See, sondern zurück auf seine schöne Gefährtin.

„Nun, Herr Professor", neckte ihn Hella, „gibt Ihnen Juttas Antlitz ein Rätsel auf?"

„Allerdings ein Rätsel. Sie sagten das rechte Wort. Ich möchte behaupten, das gnädige Fräulein zu kennen und weiß doch nicht, wo ich ihr schon begegnet sein könnte."

„Vielleicht in einem früheren Leben", warf Hella halb scherzhaft, halb im Ernst hin.

„Bekennen Sie sich zur Religion des Buddha, zur Lehre von der Seelenwanderung?" gab er ebenso zurück. „Jedenfalls ist sie mir sehr sympathisch. Man braucht ja nicht bis Buddha zurückzugreifen. Lessing hat, wie Ihnen bekannt sein wird, den Gedanken, jeder Mensch müsse immer wieder auf die Welt kommen, um vollkommen zu werden, ernstlich erwogen."

„Auch Goethe hatte eine Vorliebe für diesen Gedanken", fiel Jutta mit ihrer warmen Stimme ein. „In dem wunderschönen Gedicht an Frau von Stein meint er, diese müsse in abgelebten Zeiten seine Schwester oder seine Frau gewesen sein, und an einer andern Stelle rühmt er, daß der Mensch sterbe, um gebadet wiederzukommen."

„Ein schöner Gedanke, aber doch nur eine persönliche Ansicht."

„Stützt sich nicht jeder Glaube mehr oder weniger auf Hypothesen? Gestern las ich eine kleine, von den Theosophen herausgegebene Broschüre, welche die Ansichten Lessings und Goethes noch schärfer ausspricht."

(Fortsetzung folgt.)

danken des Zwangsschiedsverfahrens unter den Völkern predigen. Was ist aber der Ausstand im wirtschaftlichen Leben anderes, als der Krieg im politischen? Man kann also nicht gut auf der einen Seite für die völlige Austilgung des Krieges sein und auf der anderen für Streik, Streik und noch einmal Streik. Es wäre vielleicht ganz angebracht, den glücklichen Gedanken dieser Kriegsgegner vom Zwangsschiedsgericht einmal vom Völkerleben auf die Wirtschaft zu übertragen. Bei ehrlich durchgeführtem Schiedsgerichtsverfahren gibt es keinen zureichenden Grund für Ausstände — heute weniger als je. Und daß ein Schiedsspruch nicht immer allen Forderungen einer Seite recht geben wird und recht geben kann, ist eine einfache Selbstverständlichkeit, weil eben nicht alle Forderungen (beider Seiten wohlgemerkt!) berechtigt und durchführbar sind. Aber unser Wirtschaftsleben muß uns höher stehen als die Durchsetzung derartiger von Unparteiischen verworfener Sonderwünsche. Und deshalb wäre es mit aufrichtiger Freude zu begrüßen, wenn das Zwangsschiedsverfahren, dessen hohes Lied man in der Politik so gern singt, so rasch als möglich auch auf das gewerbliche Leben des Tages übertragen würde. Die segensreichen Folgen würden sich rasch genug bemerkbar machen.

Leonhard Hagebucher.

Deutsche Nationalversammlung.

(66. Sitzung.) *CB.* **Weimar,** 25. Juli.

Eine Anzahl kleiner Anfragen stehen zunächst auf der Tagesordnung. Mehrfach werden Klagen über Übergriffe der französischen Besatzung in den besetzten Gebieten vorgebracht. Die Regierung verspricht erneut Schritte und Vorstellungen dieserhalb.

Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Präsident **Fehrenbach** gibt Beschlüsse des Ältestenrats über den Arbeitsplan für die nächste Zeit bekannt. Vom 1. bis 5. August soll eine Pause eintreten und dann die Beratung der Steuervorlagen beginnen. Nachher, etwa am 10. August, soll eine Ferienpause von etwa einem Monat eintreten. Ferner wird vorgeschlagen, daß die Ausschüsse demnächst in Berlin ihre Arbeit fortsetzen und **daß das Plenum etwa am 15. September in Berlin tagen wird.** Der Präsident nimmt an, daß bis dahin die Steuervorlagen in den Ausschüssen vorberaten sind; in der Zwischenzeit wird auch der Etat zur Vorlegung kommen, und es würde das eine Arbeitszeit bis in den Oktober hinein bedeuten.

Nach diesen Erklärungen entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der für und gegen die Rückkehr nach Berlin gesprochen wird, dann geht das Haus über zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Besprechung der Regierungserklärungen.

Abg. Dr. **Brauns** (Z.): Er verkennt die Schwäche der gegenwärtigen Regierung mit ihrer schmalen parlamentarischen Basis nicht. Die Bedenken dagegen hätten aber zurückgestellt werden müssen. In der schwersten Stunde der Not hätten Zentrum und Sozialdemokratie sich aus Pflicht- und Vaterlandsgefühl zusammengefunden, um durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages das Reich vor dem Zerfall zu bewahren. Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den beiden Regierungsparteien sollten nicht verwischt werden. Die Behauptung, die auch auf dem demokratischen Parteitag aufgestellt sei, daß das Zentrum aus Sonderrücksichten in die Regierung eingetreten sei, müsse er abweisen. Das politische Kompromiß zwischen dem Zentrum und Sozialdemokraten sei geschlossen worden, um die dringendsten Aufgaben: Verfassung, Steuern und Wiederaufbau Deutschlands durchzuführen. Dr. Brauns verteidigte dann unter dem lebhaftesten Widerspruch der Demokraten und der beiden Rechtsparteien die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Warme Worte widmete er den Deutschösterreichern und den Auslandsdeutschen. Dann wandte er sich der Reorganisation des Auswärtigen Amtes zu, in dem eine Neuorganisation nach Ländern vorgenommen werden müßte. Den deutschen Diplomaten im Auslande müßten Sachverständige, auch Arbeiter, beigegeben werden. Die Arbeiten der Regierung zum Abbau der Kriegswirtschaft begrüße seine Partei. Gegen die Überschwemmung der heimischen Märkte mit ausländischen Fertigfabrikaten müßten besondere Zollschranken wieder errichtet werden. Alsdann befürwortete er den Ausbau der Wasserkräfte durch den Staat und besprach die beabsichtigte Monopolisierung der Energie und des Braunkohlenbergbaues. Die aufgestapelten Kriegsvorräte aber müßten der allgemeinen Verteilung zugänglich gemacht werden. Die Auflösung der Kriegsgesellschaften, in denen so viel Korruptionen vorgekommen seien, müßten so rasch als möglich vorgenommen werden. Das Zentrum sei ein grundsätzlicher Gegner einer gebundenen, aber Anhänger einer geordneten berufsständischen Wirtschaft. Schließlich begrüßt er das Schulkompromiß.

Ein Zwischenfall.

Der Redner wendet sich gegen kulturkämpferische Ideen und sagt, daß bei seinen Worten von einem ehemaligen Minister, der vor dem Abgeordneten Gothein sitzt, gelacht worden sei. Allgemeiner Protest. Dr. Brauns zeigt nunmehr mit dem Finger auf den Abgeordneten Dernburg. Dieser erhebt sich und geht zum Präsidenten, um sich zu einer persönlichen Bemerkung zum Wort zu melden.

Preußischer Landwirtschaftsminister Braun wendet sich gegen die Angriffe der Deutschnationalen bei der Auseinandersetzung über die

Landarbeiterbewegung.

Der Minister sagte, daß der pommersche Landbund nach seinen geheim behandelten Satzungen monarchisch und deutschvölkisch sei und Juden und Katholiken ausschließen wolle. Dieser Bund sei gegen die Landarbeiterorganisationen vorgegangen und habe einen umfangreichen Waffenschmuggel in die Wege geleitet. Gewehre und Maschinengewehre sollten als „landwirtschaftliches Gerät" deklariert werden, um so die Waffen unbemerkt einführen zu können. Darauf habe man dann mit den Waffen in der Hand die Regierung zum Erlaß eines Streikgebots und zur Verhängung des Belagerungszustandes scharf zu machen versucht, um sich gegebenenfalls mit den Arbeitern mit Gewalt auseinandersetzen zu können. (Unruhe.) Der Minister verlas zum Beweis zahlreiche Schriftstücke. Der 9. Juli sei der kritische Tag gewesen, an dem der Landbund die Einigungsverhandlungen mit den Landarbeitern brüsk abgebrochen habe. Dann sei eigenmächtig vom kommandierenden General in mehreren pommerschen Kreisen der Belagerungszustand verhängt worden, obwohl gar keine Veranlassung dazu vorgelegen habe.

Die Erdrosselung beginnt!

Frankreichs Forderungen. — Der unmögliche Friedensvertrag.

Weimar, 25. Juli.

Die Verhandlungen in Paris zwischen Deutschland und der Entente, die über die Durchführung der Wirtschaftsbestimmungen des Friedensvertrages geführt werden, sind auf große Schwierigkeiten gestoßen. Französischerseits wurde die Forderung gestellt, Deutschland solle unverzüglich ein geradezu ungeheures Quantum Kohle sofort an die Entente abführen.

Der Vorsitzende der deutschen Kommission wies darauf hin, daß es einfach undenkbar ist, diese Forderung der Entente zu erfüllen. Darauf wurde französischerseits erklärt, man müsse unter allen Umständen auf die Lieferung dieser Kohlenmenge bestehen. Deutscherseits wurde erwidert, wenn versucht werden sollte, mit der praktischen Durchführung dieser Forderung in Deutschland zu beginnen, müßte dies unbedingt den Bolschewismus in Deutschland zur Folge haben. Ein Vertreter der Entente erklärte darauf ironisch, vor dem Bolschewismus werde man Deutschland zu schützen wissen; denn man würde alle Maßnahmen ergreifen, die zur Durchführung der Friedensbedingungen und auch dieser Forderung sich als notwendig erweisen würden. Die Stimmung im Reichskabinett ist über diese Vorgänge außerordentlich erregt.

Reichsanleihe-Aktiengesellschaft.

Zur Stützung des Kriegsanleihemarktes.

Berlin, 25. Juli.

Zur Regulierung des Kriegsanleihemarktes ist nunmehr unter Führung der Reichsbank und unter Reichsgarantie ein die gesamte deutsche Bankwelt umfassendes Konsortium in Gestalt einer mit 400 Millionen Mark Grundkapital auszustattenden „Reichsanleihe-Aktiengesellschaft" gegründet worden.

Das Konsortium soll in Erfüllung der Erklärungen, welche seitens des Reichsbankpräsidenten im Laufe des Krieges wiederholt abgegeben worden sind, dafür Sorge tragen, daß die Verkaufsmöglichkeit für die Kriegsanleihen auch dann erhalten bleibt, wenn infolge Wiederauffüllung der Warenläger oder aus anderem Grunde große Anleihebeträge in kurzer Zeit an den Markt kommen; in solchen Fällen soll es ungerechtfertigte und in den äußeren oder inneren Verhältnissen nicht begründete Kurssenkungen der Kriegsanleihe hintanhalten. Vor allem aber ist seine Bestimmung, die aufgenommenen Beträge wieder zu dauernder Anlage unterzubringen, um die Umwandlung konsolidierter in schwebende Schulden zu verhüten. Der große Umfang des möglicherweise in Frage kommenden Materials bedingte den Zusammenschluß eines entsprechend finanzkräftigen Konsortiums.

Verschwörung deutscher Kriegsgefangener?

Die Engländer drohen mit Gewalt.

London, 25. Juli.

Die englischen Blätter behaupten, die Militärbehörden seien einer gut organisierten Verschwörung deutscher Kriegsgefangener im Gefangenenlager von Parkhall-Oswestry auf die Spur gekommen, die die Einäscherung einer Anzahl von Baracken der Kriegsgefangenen zum Ziele hatte. Den deutschen Offizieren, die für die Führung ihrer Mannschaften verantwortlich sind, ist eröffnet worden, daß, wenn irgend etwas dergleichen geschieht, keine Erleichterung für die Unterkunft der Gefangenen, deren Baracken zerstört würden, gewährt werde und daß die Gefangenen im Freien schlafen müßten, so lange sie im Lager verbleiben. Seit Unterzeichnung des Friedens seien viele Gefangene sehr widerspenstig geworden, und man sei der Ansicht, daß es gut sein werde, den Vorschriften, die sich auf das Verhalten der Gefangenen innerhalb des Gefangenenlagers beziehen, aufs strengste Geltung zu verschaffen und sie, wenn nötig, zu verschärfen. Die Schwierigkeiten werden hauptsächlich den Offizieren der versenkten deutschen Flotte, die von Scapa Flow nach dem Lager gekommen sind, zugeschrieben.

Neue Brandherde.

Streikgefahr in Metallindustrie und Telegraphie.

n. **Berlin,** 25. Juli.

Das öffentliche Interesse nehmen heute die Vorgänge auf den Siemens-Schuckertwerken in Anspruch, von denen man noch nicht weiß, ob sie baldigst durch eine gütliche Schlichtung beendet werden können oder ob sie den Ausgangspunkt für eine abermalige gewaltige Erschütterung des wirtschaftlichen Lebens bilden sollen.

Die Arbeiter der Werke hatten in den letzten Tagen passive Resistenz geübt, indem sie wohl an den Arbeitsstätten erschienen, aber nicht arbeiteten. Dieses Verhalten war eine Gegenmaßnahme auf die Entlassung von 41 Vertrauensleuten. Die Entlassung erfolgte, weil ein Anschlag von Arbeitern abgerissen wurde, auf dem die Firma mitteilte, daß am letzten Montage, dem Tage des verunglückten Weltstreiks, wie gewöhnlich gearbeitet werde.

In einer Veröffentlichung der Werkleitung wird mitgeteilt, daß zwei Tage vor dem geplanten Demonstrationsstreik bei ihr verschiedene Anfragen eingegangen seien, ob an dem sogenannten internationalen Montag, also am 21. Juli, die Werke für die Arbeiter offen gehalten würden. Die Entschließung der Direktionen ging nun dahin, daß man die Werkstätten geöffnet halten wollte. Von dieser Tatsache wurde vertraglich dem Arbeiterausschuß Kenntnis gegeben und dieser ersucht, die notwendige öffentliche Bekanntmachung gegenzuzeichnen. Diese Unterschrift wurde indessen aus noch unbekannten Gründen verweigert, und der Anschlag wurde wohl oder übel mit der einseitigen Unterschrift vorgenommen. Wegen dieser Provokation erfolgte die Entlassung der 41 und darauf setzte die passive Resistenz ein. Nunmehr verfügte die Leitung gestern die Entlassung von rund 10000 Mann.

Die Arbeiter betrachten nach dem Vorwärts die Entlassung ihrer Vertrauensleute als eine gegen die Ausübung ihrer Rechte gerichtete Maßregelung. Die Arbeiter berufen sich darauf, daß sie im April d. Js. mit der Direktion der Siemenswerke eine Vereinbarung getroffen haben, wonach alle Anschläge am schwarzen Brett, welche Arbeiterangelegenheiten betreffen, vom Arbeiterrat gegengezeichnet werden müssen. Diese Vereinbarung ist auch bis zum 19. d. Mts. innegehalten worden. Der zur Arbeit am Montag, den 21. d. Mts. auffordernde Anschlag, der am 19. d. Mts. publiziert wurde, war nicht vom Arbeiterrat gegengezeichnet. Deshalb hielten sich die Arbeiter für berechtigt, denselben zu entfernen.

Donnerstag abend beschlossen nun die Arbeiter der Kleinbau-Anstalt von Siemens-Schuckert in Spandau und die des Elektro-Motor-Werkes in den Sympathiestreik für die Entlassenen einzutreten. Im Laufe des Freitags haben sich die Arbeiter aller anderen Betriebe der Siemens-Schuckert-Werke dieser Bewegung angeschlossen, und zur Stunde streiken rund 26000 Mann. Der gesamte Betrieb der Werke ist eingestellt worden. Verhandlungen wegen einer Beilegung der Differenzen sind noch nicht zustande gekommen. Der Metallarbeiter-Verband ist aber geneigt, eine Schlichtung anzustreben.

In allen Betrieben der Siemens-Schuckertwerke sind 30600 Arbeiter beschäftigt. Die Situation ist um so gefahrdrohender, da eine starke Bewegung in der gesamten Metallindustrie herrscht, Verhandlungen zur Schaffung eines neuen Lohntarifs für die Metallarbeiter noch zu keiner Einigung geführt haben und die Möglichkeit eines allgemeinen Generalstreiks in der Metallindustrie sehr nahe gerückt ist. Bei den Borsig-Werken und bei Schwartzkopff u. Co. sind infolge eines Schmiedestreiks die Betriebe kaum aufrechtzuerhalten und umfangreiche Arbeiterentlassungen müssen als bevorstehend bezeichnet werden. Die Mehrheit der Arbeiter will dergleichen Einschränkungen der Betriebe aber nicht dulden und verlangt **Verstaatlichung der Werke.**

Ausstand der Telegraphenarbeiter.

Donnerstag abend beschlossen die Berliner Telegraphenarbeiter und -Handwerker gegen eine kleine Minderheit, sofort in den Streik zu treten. Die Arbeitsniederlegung ist in allen Betrieben der Post- und Telegraphenverwaltung erfolgt. 1800 Mann streiken. Der Grund des Streiks ist in der Entlassung von 287 Arbeitern und Handwerkern zu suchen, die erfolgte, weil sie am 21. Juli der Aufforderung der unabhängigen Sozialdemokraten zum Demonstrationsstreik gefolgt sind. Es sollen sofort Vergleichsverhandlungen mit der Oberpostdirektion beginnen. Die Arbeiter verlangen die Wiedereinstellung der Entlassenen, andernfalls sollen die Vertrauensleute der Post- und Telegraphenarbeiter-Organisation ganz Deutschlands sofort zusammentreten, und dann sei damit zu rechnen, daß in drei Tagen der Generalstreik über ganz Deutschland beschlossen werden würde.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 28. Juli

□ **Schont die Saaten!** Die Welt steht in Blüten, die Felder stehen in Ähren, und wir sehen hoffnungsvoll, in Erwartung besserer, weniger sorgenvoller Zeiten, der kommenden Brotfrucht entgegen. Wenn aber das wogende, leise rauschende Ährenfeld in den befeuchtenden Nebel des reichen Blütenstaubes gehüllt ist, dann entfalten auch die bunten, farbenprächtigen Unkräuter des Ackers ihre leuchtenden Blüten. Der Klatschmohn in grellem Rot, die Kornblume in tiefstem Blau, die Kornrade in Fleischrot, die Adonisrose mit ihren rötlichen Blüten und die Ackerwinde mit ihren blaßrot gestreiften Kelchen, sie alle sind von bestrickendem Reiz für das Auge. Und namentlich unsere durch die Felder streichende Jugend fällt diesen „Fallstricken" zum Opfer und läßt sich durch ihre Farbenpracht verleiten, in das Ährenmeer einzudringen, um Feldblumensträuße heimzubringen. Und schreit der geknickte Kornhalm auch Weh und Ach — sein Jammern wird nicht gehört oder nicht verstanden, und der Fuß des Menschenkindes tritt ihn rücksichtslos in den Staub. Die trübseligen Erfahrungen der Kriegsjahre dürften aber unserer Jugend gezeigt haben, wie bitter notwendig uns der ungeschmälerte Ertrag unserer Getreidefelder ist. Denn wir harren auch jetzt noch angstvoll und sehnsüchtig der grauen Körner des Roggens, die uns das Mehl zum täglichen Brot geben, und der goldgelben Körner des Weizens, woraus wir das Mehl zum sonntäglichen Kuchen gewinnen. Darum ergeht die dringende Mahnung an alle, vor allem aber an die Jugend: Hütet euch, den Ährenfeldern Schaden zuzufügen! Schont die Saaten!

—* Das Kriegsministerium teilt zu der Frage, ob Rentenzuschläge auch für diejenigen Versorgungsberechtigten anzuweisen sind, deren Renten gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Mannschaftsversorgungsgesetzes zur Zeit ruhen oder dem Zivilpensionsfonds erstattet werden, folgendes mit: Die Zuständigkeit der Rentenzuschläge wird dadurch, daß u. U. Rente oder Pension infolge Ruhens oder Erstattung an den Zivilpensionsfonds an Versorgungsberechtigte nicht zur Zahlung kommen und auch sonstige Versorgungsgebührnisse — Kriegszulage usw. — nicht zuständig sind, nicht berührt. Zahlbarmachung der Rentenzuschläge erfolgt lediglich nach Maßgabe des der Versorgungsberechtigung zu Grunde liegenden Erwerbsunfähigkeitsgrades (nicht Dienstzeit) durch die Pensionsregelungsbehörde, in deren Kataster der Empfangsberechtigte zuletzt geführt worden ist. Bei Empfangsberechtigten, deren Rente oder Invalidenpension ruht, wird den Pensionsregelungsbehörden eine Kontrolle fehlen, besonders darüber, ob sie noch am Leben sind usw. Diese Leute sind — soweit es noch nicht geschehen ist, durch die Presse auf die Rentenzuschläge aufmerksam zu machen und zur Einsendung entsprechender Anträge an die Pensionsregelungsbehörde zu veranlassen.

+ **Halver,** 28. Juli. Die U. S. P. hatte für Donnerstag abend einen „Bunten Abend" auf der Carlshöhe arrangiert zu dem die Künstlerschar Strzelewicz-Dresden von der Zentralleitung entsandt war. Gesangliche und Violinvorträge und Rezitationen verherrlichten den Abend. Die Zentralleitung beabsichtigt damit ihren Mitgliedern außer den politischen Zwecken auch gesellschaftlichen Unterhaltungsstoff zu liefern und somit das Interesse für ihre Sache der Mitglieder wach zu halten. — Am Samstagabend sprach in einer öffentlichen Volksversammlung Genosse Meis-Gevelsberg über das Thema: Der Aufstieg und Niedergang im Parlamentarismus. Eine Diskussion fand nicht statt.

× **Halver,** 28. Juli. Am Samstag abend fand im Haus zur Fuhr ein Symphonie-Konzert des Lüdenscheider Stadtorchesters statt. Der Besuch hätte in Anbetracht der vorzüglichen Musik ein besserer sein können. Das Orchester erfüllte ihre Aufgabe vortrefflich, selbst bei den schwierigsten Variationen beherrschte der Dirigent seine Musiker meisterhaft. — Wir haben so oft Gelegenheit gehabt die Worte zu hören: In Halver versauert man vollständig, eine gute Musik oder dergl. bekommt man hier fast nie zu hören. Wird nun etwas gutes geboten, dann wird der Unternehmer nicht unterstützt und die Folge davon ist, daß derartige Veranstaltungen fernerhin unterbleiben.

(!) **Halver,** 28. Juli. Am Samstagabend hielt die hiesige Handwerkervereinigung eine Versammlung ab, zu der eine Abordnung der Handwerksgehilfen erschienen war. Die Gehilfen betonten, daß sie bereit seien, gemeinsam mit den Handwerksmeistern an der Hebung des Handwerks mitzuarbeiten. Arbeitsfragen, Arbeitszeit, Lehrlingswesen und dergl. sollten durch gegenseittige Verständigung geregelt werden. Bei der Errichtung der Fortbildungsschule möge die Vereinigung darauf hinwirken, daß in den einzelnen Berufsgruppen für den Unterricht tüchtige praktische Fachleute herangezogen würden. Die Versammlung erkannte die Forderung der Gehilfen im Prinzip als gerechtfertigt an, beschloß jedoch vorerst eine abwartende Stellung einzunehmen bis zur gesetzlichen Regelung der Handwerkerfragen. Bezüglich der Fortbildungsschule wurden die Kommissionsmitglieder der Vereinigung beauftragt in den Sitzungen die vorgebrachten Wünsche zur Sprache zu bringen. Die Handwerker-Vereinigung, die schon seit Jahren die Errichtung einer Fortbildungsschule erstrebt, begrüßt es mit Freuden, das die Angelegenheit nunmehr greifbare Gestalt annimmt. Seitens der Handwerkskammer Arnsberg ist die Anregung ergangen hierselbst einen Buchfürungskursus abzuhalten, bei genügen-

der Beteiligung ist die Vereinigung bereit das Weitere zu veranlassen.

× **Halver,** 28. Juli. Der hiesige Lehrerverein hatte für Samstag nachmittag zu einer Versammlung eingeladen, in der Herr Fortbildungsschuldirektor Hüß aus Mettmann einen Vortrag hielt über die Errichtung und den Ausbau einer Fortbildungsschule. Außer den Herren Lehrern waren geladen und erschienen der Herr Amtmann und der Herr Gemeindevorsteher, sowie die beiden Kommissionen, denen die Vorarbeiten zur Errichtung einer Fortbildungsschule in den Gemeinden Halver und Schalksmühle übertragen worden sind. Herr Rektoratschullehrer Beyer eröffnete die Versammlung, begrüßte die Erschienenen und erteilte Herrn Fortbildungsschullehrer Hüß das Wort zu seinem Referat. Redner schilderte eingangs die uns auferlegten harten Friedensbedingungen. Auch die Frage, die uns heute beschäftige betreffe den Aufbau des Vaterlandes, dieser sei nur zu erreichen durch intensive Arbeit. Die Zukunft unseres Volkes liege in der Erziehung, da sei auch die Fortbildungsschule berufen geistig und ethisch mitzuwirken und die berufliche Fortbildung zu fördern. In früheren Jahren wären die Arbeiten der Fortbildungsschulen erfolglos geblieben, erst der § 120 der Reichsgewerbeordnung, der eine Pflicht zum Besuche der Fortbildungsschule vorsieht, brachte Ordnung. Nunmehr schilderte der Referent die praktische Durchführbarkeit einer Fortbildungsschule auf Grund der gesammelten Erfahrungen während seiner 20-jährigen Tätigkeit als Leiter einer solchen Anstalt. Der Träger einer solchen Schule sei die Gemeinde; ein Ortsstatut habe die Vorschriften über Besuch, Lehrgeld usw. zu regeln. Ein Viertel bis drei Viertel der Kosten sind von der Gemeinde zu übernehmen. Die Normalzahl für eine Klasse sei 30 Schüler, falls die Zeit es mit sich brächte könnte diese erhöht oder erniedrigt werden. Der Schulbesuch sei in der Regel 3 Jahre und zu gliedern in Unter-, Mittel- und Oberstufe. Auch sei zu empfehlen, die der Schule entlassenen Knaben in einer Vorklasse zu vereinigen und sie nach einem Jahre in Berufsklassen einzuführen. Der Lehrplan sehe verschiedene Berufsgruppenklassen vor, in denen die verwandten Berufe vereinigt wären. Für die ungelernten oder gewerblichen Arbeiter empfahl Redner 4 und für alle anderen 6 Unterrichtsstunden. Kaufleute, auch solche die das Einjährige besitzen, sind von dem Schulbesuch nicht zu befreien. Der Zeichenunterricht sei von eigens dazu vorgebildeten Zeichenlehrern (Fachleuten) zu erteilen. Für den Unterrichtsstoff seien organisatorische Richtlinien aufzustellen. Vor allem habe die Schule danach zu streben, aus den Jünglingen tüchtige Fachleute und ordentliche Bürger heranzubilden. Die Unterrichtszeit sei den örtlichen Verhältnissen anzupassen, nach Möglichkeit in den Vormittag oder Nachmittag zu verlegen. Die Abendzeit sei zu verwerfen, mit müden und abgearbeiteten Schülern sei nichts zu erreichen. Die Pädagogik fordere von ihrem Standpunkt aus, den Tagesunterricht. Die Schule darf nicht nur das Wissen fördern, sondern sie hat auch erzieherisch zu wirken. Redner schloß seine aufklärenden und interessanten Ausführungen mit den Worten: „Der Krieg ist zu Ende, harte Verpflichtungen harren uns aber auch schwere Erzieheraufgaben". Herr Rektorratschullehrer Beyer stellte den Vortrag zur Besprechung und bat die Anwesenden dienliche Aufklärungsfragen zu stellen. Herr Amtmann Thomas dankte dem Referenten für die sachkundigen Aufklärungen, schilderte die weitläufige Besiedlung unserer Gemeinde, woran die Errichtung einer Fortbildungsschule bisher dran gescheitert sei. Die Unterrichtszeit am Vormittag sei für Halver nicht angängig, auch seien die weiten Wege zu berücksichtigen und ob für Halver eine oder mehrere Schulen errichtet werden, sei eine besondere Frage. Herr Fortbildungsschuldirektor Hüß empfahl die Errichtung einer Schule an dem zentralgelegenen Platze, die weiten Wege spielten dabei keine Rolle, die Unterrichtszeit sei dementsprechend zu beginnen. Herr Rektorratschullehrer Mühlen erstattete Bericht über die gepflogenen Verhandlungen im Gemeindeparlament, in der größeren und kleineren Kommission, dabei die großen Schwierigkeiten hervorhebend, die die Lösung der Frage hervorbrächte. An der weiteren Debatte beteiligten sich die Herren Liesen, Becker und Baukloh. Nach 8 Uhr erreichte die Versammlung ihr Ende.

= **Kierspe,** 28. Juli. Die hiesige Ortsgruppe der Kriegsbeschädigten-Vereinigung will für ihre Mitglieder sowie auch für die Krieger-Hinterbliebenen einen Kursus in Stenographie veranstalten. Für die Leitung des Unterrichts ist Herr Fritz Schaefer in Kierspe gewonnen worden. Meldungen über Teilnahme wolle man möglichst bald an Herrn Jansen in Kierspe-Bhf. richten, da der erste Uebungsabend bereits für Anfang August vorgesehen ist.

+ **Kiersp,** 27. Juli. Der hiesigen Polizei gelang es, ein Hochstapler fest zu nehmen. Es handelt sich um einen angeblichen „Herrn Oberleutnant John", der sich mit einem Kameraden, dem „Herrn Oberleutnant von Rabe" schon seit längerer Zeit in Lüdenscheid aufgehalten hatte. John hatte es verstanden, sich in angesehenen Lüdenscheider Familien einzuführen, und sich vor allen Dingen bei den Damen beliebt zu machen. Nachdem sich alsdann aber herausstellte, daß er die Damen um Schmucksachen betrogen hatte, war es mit der Tätigkeit des Herrn Oberleutnants aus, die Polizei mußte sich seiner annehmen. Am Samstag abend machte ihn die hiesige Polizei im Hotel Cramer am Bahnhof dingfest und führte ihn dem hiesigen Polizeigefängnis zu, woselbst er am Sonntag vormittag von Lüdenscheid abgeholt wurde. Der Kavalier hat nun Zeit Ruhe, seine Rolle als Oberleutnant hinter verschlossenen Türen weiter zu spielen.

Meinerzhagen, 27. Juli. Hochstaplern zum Opfer gefallen sind zwei junge „Damen" aus Lüdenscheid, die sich vor einigen Tagen mit zwei Herren im Hotel Meinhardus hier einmieteten. Nach einigen vergnügt verlebten Tagen sind die Damen von ihren Begleitern heimlich im Stich gelassen worden, nachdem sie um einige Tausend Mark beschwindelt worden waren.

Iserlohn, 27. Juli. Es steht nunmehr fest, daß in den Katakomben 5500 Ztr. Kartoffeln verfault sind, so daß die Stadt einen Schaden von 165000 M. erleidet, der sich nun um 35000 M. verringert, die die Stadt an der Abschiebung von 35 Waggons verdient hat. Das sonderbarste an der Sache ist, daß kein Schuldiger ermittelt werden kann.

Arnsberg, 27. Juli. Die Nachweisung über die in der Woche vom 13. bis 19. Juli amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten im Regierungsbezirk Arnsberg enthält an Diphtherie 48 Erkrankungen, 3 Todesfälle; Genickstarre 3 Erkrankungen; Kindbettfieber 7 Erkrankungen, zwei Todesfälle; Körnerkrankheit 4 Erkrankungen; Lungen- und Kehlkopftuberkulose 88 Todesfälle; Pocken 10 Erkrankungen, ein Todesfall; Ruhr 29 Erkrankungen, zwei Todesfälle; Scharlach 46 Erkrankungen, ein Todesfall; Unterleibstyphus 25 Erkrankungen, 4 Todesfälle; Paratyphus 7 Erkrankungen; Fleischvergiftung eine Erkrankung, ein Todesfall.

Hamm, 27. Juli. Auf dem hier abgehaltenen Verbandstag der Geflügelzuchtvereine von Westfalen wurde mitgeteilt, daß bei der Zwangseierablieferung Westfalen 75 Proz. des Solls abgeliefert hat, das Rheinland 45 Proz. und die östlichen Provinzen nur 35 Proz. Der Verband Westfalen zählt jetzt 326 Vereine mit 18000 Mitgliedern. Der nächste Verbandstag soll in Hüsten stattfinden.

Nah und Fern.

o **Auflösung der Unteroffiziersschule in Potsdam.** Die seit dem Jahre 1824 bestehende Unteroffiziersschule in Potsdam wird am 30. September d. Js. aufgelöst. Die Unteroffizierschüler werden zum größten Teil entlassen, einige anderen Regimentern überwiesen werden.

o **Sinken der Schieberpreise.** Ein Frankfurter Blatt berichtet über einen rapiden Sturz an der Brotmarkenbörse. Während man bisher 2 Mark für eine Brotkarte bezahlen mußte, gilt eine solche jetzt nur noch 40 Pfennig, und es steht zu erwarten, daß ihr Kurs noch weiter sinken wird. Ein ähnlicher Preissturz ist bei der Schokolade zu beobachten, die durchschnittlich jeden Tag eine Mark billiger geworden ist. Auf der Frankfurter Zeil bekam man eine Tafel Schokolade schon für 4 Mark angeboten. Toiletteseife wurde von ihren Großhändlern an ihre Filialen zu 50 Pfennig für das Stück verkauft.

o **179000 Mark geraubt!** Das Opfer eines von langer Hand vorbereiteten Raubplanes ist der Juwelenhändler Nissim Leon in Berlin geworden. Leon, der Türke ist, wurde von zwei Landsleuten und einem Deutschen nach einer Wohnung gelockt, dort überfallen, geknebelt, gefesselt und dann, nachdem die Räuber versucht hatten, ihn in der Badewanne zu ertränken, um 179000 Mark beraubt, die er zum Ankauf von Juwelen dorthin mitgebracht hatte.

o **Ungetreue Postbeamtin.** Mit 22000 Mark Amtsgeldern flüchtig geworden ist die 22jährige Postbeamtin Hildegard Wien in Berlin. Sie trat am 19. d. M. ihren Urlaub an. Während ihrer Abwesenheit hat sich herausgestellt, daß sie 22200 Mark unterschlagen hat. Als man sich nun nach ihrem Urlaubsort erkundigte, stellte sich heraus, daß sie mit ihren Koffern abgereist war, ohne ein Ziel zu hinterlassen.

o **Der verliebte Sechzigjährige.** Auf der Badepromenade des Lido bei Venedig erschoß der sechzigjährige Kommendatore Cristofori, Direktor der Banca Italia in Padua, die dreißigjährige verheiratete Gräfin Demarchi, in deren Familie er eine Stunde vorher zum Mittagessen geladen war. Den Grund seiner Tat bildet unerwiderte Liebe.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Keine deutsche Zwangsanleihe.

Berlin. Die Gerüchte von einer durch das Reich geplanten zweiprozentigen Zwangsanleihe werden von zuständiger Stelle dementiert. Wohl soll aber ein Umtausch aller Noten gegen Gutscheine erfolgen.

Neue Regierungspräsidenten im Westen.

Berlin. Es bestätigt sich, daß der sozialdemokratische Rechtsanwalt Landé in Elberfeld der Nachfolger des demnächst auf seinen Wunsch aus seinem Amt scheidenden Regierungspräsidenten Dr. Kruse in Düsseldorf wird. Desgleichen verlautet, daß der Sozialdemokrat Mehlitz Regierungspräsident von Arnsberg wird. Damit sind die beiden großen Industriebezirke des Westens mit Anhängern der Sozialdemokratie besetzt.

Drohender Telegraphenarbeiterstreik in Deutschland.

Berlin. Die Einigungsverhandlungen zwischen der Oberpostdirektion und den Telegraphenarbeitern sind ergebnislos verlaufen, da letztere die Wiedereinstellung aller Entlassenen fordern. Die Direktion hat das zunächst abgelehnt und bei dem Postminister Giesberts Entscheidung beantragt. Im Falle auch dieser ablehnt, soll der Generalstreik für ganz Deutschland proklamiert werden, was die völlige Lahmlegung des Telephon- und Telegraphenverkehrs bedeuten würde.

Wiederausfall der Schnellzüge.

Berlin. Wie von zuständiger Seite betont wird, hat sich die Betriebslage bei der Eisenbahn ganz bedeutend verschlechtert. Es sind deshalb starke Einschränkungen im Bahnverkehr zu erwarten. In erster Linie sollen die meisten Schnellzüge wieder in Fortfall kommen.

Abrücken der Truppen aus Hamburg.

Hamburg. Nach einer Mitteilung des Korps Lettow wird der größte Teil der in Hamburg liegenden Regierungstruppen jetzt in die Umgebung der Stadt verlegt. In der Stadt selbst bleiben nur so viel Truppen zurück, als für die Sicherheit unbedingt notwendig sind. Für die übrigen ist Vorsorge getroffen, daß sie bei drohenden Unruhen in kürzester Zeit wieder einrücken können.

Streik im Bornaer Revier.

Leipzig. Auf den Gruben des Bornaer Braunkohlenreviers ist der seit längerer Zeit erwartete Lohnstreik ausgebrochen. Die Betriebe liegen still, nur die sogenannten Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Die Ruhe ist bisher nicht gestört worden.

Die Zollgrenze im Westen.

Köln. Wie verlautet, hat die Entente bei den in Versailles geführten wirtschaftlichen Verhandlungen ihre Zustimmung gegeben, die alte Zollgrenze in der Rheinprovinz wieder herzustellen.

Clemenceau über Bauer und Müller.

Paris. Clemenceaus Organ „Homme libre" bespricht die Programmreden Bauers und Müllers in der Nationalversammlung und sagt, es genüge, sich die beiden deutschen Minister anzusehen, um zu erkennen, daß das alte imperialistische Personal geblieben sei und sich nur hinter einer neuen Fassade verberge.

Der Friedensvertrag in Kammer und Senat.

Paris. In den nächsten Tagen werden Clemenceau, Finanzminister Klotz und der Minister für wirtschaftlichen Wiederaufbau Loucheur vom Friedensausschuß gehört werden. Clemenceau soll Auskunft über die Besetzung des linken Rheinufers geben. „Echo de Paris" glaubt, der Friedensvertrag werde durch die Kammer am 6. August, durch den Senat am 15. August ratifiziert werden. Die Kammer werde in zehn Tagen ihre Tätigkeit beenden. Die Neuwahlen fänden voraussichtlich am 12. Oktober statt.

Echt französische Justiz.

Versailles. „Echo de Paris" glaubt zu wissen, daß der wegen der Demonstrationen vom 16. Juni anläßlich der Abreise der Friedensdelegation von Versailles gemaßregelte Präfekt Chaleil in aller Kürze wieder in sein Amt eingesetzt werden wird.

Meutereien in Australien.

London. Der „Times" zufolge kam es in Melbourne am 21. d. Mts. zu ernsten Unruhen, an denen 8000 heimgekehrte Soldaten beteiligt waren. Die Spitäler sind voll von Verwundeten.

Proklamierung des Völkerbundes im Oktober.

Washington. Wenn die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag ratifizieren, soll der Völkerbund im Oktober in Genf proklamiert werden. Zu seiner ersten Sitzung wird Wilson nach Genf kommen.

Verschiedene Meldungen.

Kassel. Die Wohnungsnot in Kassel ist jetzt so stark, daß der Magistrat in den Zeitungen dringend davor warnt, nach Kassel zu ziehen, da Zuziehende auf Unterkunft nicht rechnen können.

München. Der Staatsanwalt beantragte gegen Neurath eine Festungsstrafe von 2½ Jahren.

Rom. Italien wird den Friedensvertrag voraussichtlich binnen 10 Tagen ratifizieren.

Walther Grote
Anny Grote
geb. Koch
geben hiermit ihre ***Vermählung*** *bekannt.*
Oberbrügge, *Juli 1919.*

Ihre ***Vermählung*** *geben bekannt*
Fritz Berghaus
Else Berghaus
geb. ***Grote.***
Oberbrügge, *den 28. Juli 1919.*

Amt Halver.

Heringe.

Freier Verkauf von Heringen in nachgenannten Verkaufsstellen:

Konsumverein Halver, Kronprinzenstraße,
" " Berlinerstraße,
" " Mühlenstraße,
Ernst Neuser, Halver,
Ww. Ernst Lausberg, Halver,
Fritz Bangert, Halver,
Karl Goes, Schwenke,
Konsumverein Oberbrügge,
Max Laisle, Oberbrügge,
Konsumverein Oeckinghausen,
Rud Johann, Carthausen,
Konsumverein Schalksmühle,
Wilh. Hedfeld "
Ww. Czechan "

Halver, den 26. Juli 1919.

Der Amtmann.

Amt Lüdenscheid.

Lebensmittelverkauf.

Graupen.

Warenkarte grüne Nr. 33, rote Nr. 33, Kopfmenge je 300 Gramm, Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,27 M.

Haferflocken.

Warenkarte grüne Nr. 34, rote Nr. 34, Kopfmenge je 250 Gramm, Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,31 M.

Stampfzucker für die Zeit vom 1. bis 15. 8. 19.

Warenkarte grüne Nr. 35, rote Nr. 35, gelbe Nr. 46, Kopfmenge je 350 Gramm, Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,42 M.

Amerikanisches Weizenmehl.

Einfuhr-Zusatzkarte Nr. 7, Kopfmenge 250 Gramm, Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,43 M.

Speisefette für die Zeit vom 1. bis 15. 8. 19.

Fettmarke Nr. 9 Landbutter 50 Gramm 0,50 M. Pfund 5,00 M., Auslandsbutter 50 Gramm 0,85 M., Pfund 8,50 Mk., Margarine 340 Gramm 1,53 M. Pfund 2,25 M.

Fetter Speck.

Markenfrei zum Preise von 8,75 M. pro Pfund.

Cokosbutter (Pflanzenfett.)

Markenfrei zum Preise von 9,00 Mk. pro Pfund.

Kartoffelwalzmehl

als Ersatz für fehlende Kartoffeln markenfrei zum Preise von 0,70 Mk. pro Pfund.

Lüdenscheid, den 25. Juli 1919.

Das Lebensmittelamt.

Ziegenlamm
zu verkaufen.
Zu erfragen bei **Paul Bungenberg, Kierspe-Bhf.**

Markttaschen
kauft man preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Vermischtes.

Das Schicksal der „Kaiserschlösser" steht vor seiner Entscheidung, denn die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone Preußen ist dem Abschluß nahe und dürfte in nicht allzuferner Zeit die Preußische Landesversammlung beschäftigen. Alle Schlösser und Gebäude, die die Krone aus eigenen Mitteln erworben hat, sollen ihr zum größten Teil als unantastbares Privateigentum verbleiben. Dagegen werden die aus dem 18. Jahrhundert stammenden Schlösser in Berlin und in den alten Provinzen vom Staate in Anspruch genommen und es soll für sie bei der Übernahme keinerlei Entschädigung gezahlt werden. In Berlin dürften infolgedessen u. a. das „alte Schloß" und der Kronprinzenpalast, in Potsdam das Stadtschloß und das Marmorpalais in staatlichen Besitz übergehen. Es verbleiben der Krone dagegen u. a. Schloß Bellevue und der Palast Kaiser Wilhelms I., sowie Schloß Babelsberg. Klar liegt die Sache bei den Schlössern im Rheinland und in den sogenannten neuen Provinzen (z. B. in Koblenz, Kassel, Wiesbaden usw.); diese Schlösser waren der Krone vom Staate nur zur Benutzung übergeben, sind also ohnehin Staatseigentum. Die Güter Rominten und Cadinen ebenso wie das eigentliche Privatvermögen verbleiben der Krone. Von dem wertvollen Kunstbesitz der königlichen Familie soll ein großer Teil Staatseigentum werden. Ausgenommen hiervon sind persönliche Erwerbungen des Kaiserpaares. Die von der Krone den Museen schon früher überwiesenen Kunstschätze, die jetzt in den Besitz des Staates übergehen, werden allein auf etwa 26 Millionen Mark geschätzt.

Bürgerliche und militärische Betrunkenheit. In einer Verhandlung vor dem Londoner Gericht wurde ein Sergeant in einer Anklage gegen einen Soldaten als Zeuge vernommen. Er sagte, in der Armee sei man entweder nüchtern oder betrunken, und im militärischen Sinne sei der Angeklagte nicht betrunken gewesen. — Der Richter: Was war der Zustand des Angeklagten im bürgerlichen Sinne? — Der Zeuge: Ich würde sagen: Er war schwer bezecht.

Die Hundstage. Seit dem 23. Juli leben wir, wenn man dem Kalender glauben darf, in den Hundstagen. In der Wirklichkeit merkt man nicht viel davon, denn es ist in diesem Sommer unseres Mißvergnügens durchaus nicht hundstagsmäßig heiß. Die sogenannten Hundstage fallen in die Zeit vom 23. Juli bis 23. August, während der die Sonne im Zeichen des Löwen steht. Die alten Griechen schon kannten sie und nannten sie Opora. Die Hundstage beginnen mit dem Frühaufgang des Hundssternes, der unter dem Namen Sirius auch bei den Dichtern eine große Rolle spielt und von dem die Hundstage ihren Namen haben, und enden mit dem Frühaufgang des Arcturus, der freilich viel später fällt als das Ende unserer Hundstage. In den südlichen Ländern, zumal in Griechenland, sind die Hundstage durch große Hitze ausgezeichnet, und der weise Hippokrates behauptete, daß diese Hitze schwere Gallenkrankheiten mit sich bringe. Wir Mitteleuropäer haben, wie gesagt, selbst in den Hundstagen keine besonders auffallende Hitze, dafür aber, wie es scheint, auch nicht ungewöhnlich viel Gallenkrankheiten, obwohl uns in gegenwärtiger Zeit gar manchmal „die Galle überlaufen" könnte. Es sei noch erwähnt, daß im Mittelalter an vielen Orten während der Hundstage selbst der Gottesdienst ruhte.

Ein deutsches „Friedensnationaldenkmal" von merkwürdiger Art möchte Ferdinand Avenarius in Berlin errichtet sehen. Er denkt es sich als einen offenstehenden Tempelbau, der etwa gegenüber dem Brandenburger Tore oder vor der Universität oder beim Schloß aufzustellen wäre. Im Innern müßte es vier große Inschriftentafeln enthalten. Auf dem ersten Felde: das deutsche Friedensangebot und die Zustimmung der Entente; auf dem zweiten Felde: Wilsons vierzehn Punkte; auf dem dritten Felde: den sogenannten Friedensvertrag der Entente, den man uns anzunehmen zwang; auf dem vierten Felde endlich: den deutschen Gegenvorschlag für einen wirklichen Dauerfrieden. Da der Wortlaut der Texte zu umfangreich ist, um ungekürzt in monumentaler Weise angebracht zu werden, dürfte natürlich nur ihr wesentlicher Inhalt, aber dieser ganz zuverlässig, so daß er jeder Nachprüfung standhielte, in Stein verewigt werden.

Die „Trinkerpest" in England. Seitdem der Krieg zu Ende ist, machen die englischen Temperenzler die größten Anstrengungen, um es durchzusetzen, daß die englische Regierung endgültig und bei Androhung schwerster Strafen die Verabreichung alkoholischer Getränke verbietet. Man kann, so meint ein Berichterstatter, diese von einflußreichen Leuten ausgehenden temperenzlerischen Bestrebungen verstehen, wenn man sieht, wie viele Engländer und Engländerinnen der besten Stände gegenwärtig Unfug mit alkoholischen Getränken treiben. Jedenfalls ist die Alkoholfrage in England wieder akut geworden. Die Ärztewelt beschäftigt sich mit ihrer Lösung, und es ist sehr wahrscheinlich, daß in nächster Zeit ziemlich einschneidende Maßregeln gegen den übertriebenen Alkoholverbrauch in England erlassen werden. Einer der hervorragendsten englischen Gelehrten hat kürzlich in einer Londoner Tageszeitung einen geharnischten Protest an jene gerichtet, die den Alkoholverkauf nicht im Interesse des Volkswohles und der Gesundheit besonders der unteren Schichten verbieten wollen, und von einer „Trinkerpest" in England gesprochen, die das Land mit unheimlicher Geschwindigkeit durchziehe und wahllos ihre Opfer in allen Kreisen suche.

Die Stephanskrone unter dem Hammer. Einem Münchener Antiquar wurde dieser Tage in Budapest die Stephanskrone zum Kauf angeboten. Da ihm bekannt war, daß die 1000 Jahre alte Krone keinen hohen materiellen Wert darstellt, ein Liebhaberpreis aber nur im Falle einer öffentlichen Versteigerung zu erzielen wäre, erklärte ein Volkskommissar dem Antiquar, daß man auch in eine Versteigerung einwilligen würde, wenn man sicher wäre, 100 000 Frank in französischer oder schweizerischer Valuta zu erzielen. Die Stephanskrone ist die nach König Stephan I. von Ungarn benannte Krone, mit der jeder ungarische König gekrönt werden mußte. Diese befand sich bis zum Ausbruch der ungarischen Revolution in der Obhut einer besonderen Palastwache in der Burg zu Budapest und besteht aus zwei Kronen, der lateinischen und der byzantinischen. Die lateinische, zwei sich kreuzende Bügel und die Goldblechhaube, soll König Stephan im Jahre 1000 vom Papste Silvester II. erhalten haben; die zweite Krone, ein Diadem mit pyramidal ansteigenden Zinken an der Vorderseite, ist eine Spende des oströmischen Kaisers Michael Dukas an den Herzog Geyza 1075. Das Kreuz ist eine spätere Zutat. Die Stephanskrone, die mehrmals entführt wurde und von 1846—1853 bei Orsova vergraben lag, wodurch auch die Lockerung des mangelhaft befestigten Kreuzes verursacht wurde, bedeckte den Schild des bisherigen ungarischen Staatswappens.

Ausländische Lebensmittelpreise. Es wäre durchaus irrig, anzunehmen, daß die Teuerung in den Ententeländern sowie bei den Neutralen zugleich mit dem Friedensschluß wesentlich nachgelassen habe. Vielmehr wird aus Holland gemeldet, daß Gemüse und Früchte in diesem Jahr teurer als in irgend einem der Kriegsjahre bezahlt werden müssen. Gerade während der Zeit des Waffenstillstandes entstand für die wesentlichsten Verbrauchsgegenstände in Italien eine beträchtliche Steigerung, die im Mai d. Js. etwa 300 Prozent ausmachten, bis die Höchstpreise infolge der entstandenen Lebensmittelunruhen bedeutend herabgesetzt wurden. Von besonderem Interesse ist eine Übersicht, welche die statistische Gesellschaft für die Lebensmittelpreise in den Ententeländern gibt. Hiernach haben sich bis zum Abschluß des Waffenstillstandes die Lebensmittelpreise für Frankreich um 368 Prozent, in Italien um 481 Prozent, für England um 240 Prozent, für die Vereinigten Staaten um 209 Prozent erhöht; während in den ersten zwei Kriegsjahren eine relativ geringere Steigerung zu beobachten war, schnellte sie in den letzten 2½ Jahren beträchtlich in die Höhe.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Die erste Amerika-Post.** Der Postverkehr von den Vereinigten Staaten nach Deutschland hat mit der ersten Verschiffung von 300 Postsäcken mit 350000 Briefen auf dem skandinavischen Dampfer „United States" begonnen. Die Post wird in Kopenhagen ausgeschifft und von dort nach Deutschland weitergeschickt werden. Man erwartet, daß bis zur Wiederaufnahme des direkten Dienstes nach Deutschland die Brief- und Paketpost einmal wöchentlich befördert werden wird.

* **Die Kapitalflucht nach Nordschleswig.** Die Zuwanderung deutscher Großkapitalisten nach dem nordschleswigschen Abtretungsgebiet nimmt täglich in steigendem Maße zu. Allein in Flensburg haben sich in letzter Zeit 32 Kriegsmillionäre niedergelassen.

* **Angebote amerikanischer Schuh- und Bekleidungswaren.** Die Amerikaner machen jetzt in den verschiedensten Artikeln umfangreiche Angebote. Wie das Fachblatt „Der Konfektionär" mitteilt, werden in Berlin von Agenten amerikanischer Firmen für Großabnehmer zur sofortigen Lieferung „weit unter den sonst üblichen Preisen" angeboten: Herrenstiefel, Herren-, Damenregenmäntel und wasserdichte Stoffe, Herren- und Knabenanzüge und Mäntel, Krawatten.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Im Prozeß wegen der Ermordung Neurings** machte der Zeuge Musch am dritten Verhandlungstage schwer belastende Aussagen für verschiedene der Angeklagten. So will er gesehen haben, wie der Angeklagte Gottlöber von der Brücke nach den Elbwiesen gerannt sei und von dort aus auf den in der Elbe schwimmenden Neuring geschossen habe. Der Zeuge belastet auch den Angeklagten Pietsch schwer. Dieser behauptet aber, der Zeuge habe selbst einen Armeerevolver in der Tasche gehabt und an den Vorgängen tätigen Anteil genommen. Der Angeklagte Thamm behauptet, den Zeugen am Kriegsministerium und an der Brücke gesehen zu haben. Das ruft großes Aufsehen hervor, denn bisher hat Thamm immer behauptet, gar nicht dort gewesen zu sein. Er hat sich selbst hineingelegt. Im Kreuzverhör kann Musch, der nicht vereidigt wird, seine Behauptungen nicht alle aufrechterhalten.

§ **Verurteilte Aufrührer.** Das Kriegsgericht in Weimar verurteilte den Rädelsführer des letzten Putsches, Feldwebel Schwarz, zu 15 Jahren Zuchthaus. Zwei Landesjäger wurden zu 5 Jahren Gefängnis, die übrigen ebenfalls zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

§ **Das Recht am Grab des Ehegatten.** Das Recht, die Grabstätte eines verstorbenen Ehegatten zu schmücken, insbesondere einen Grabstein darauf setzen zu lassen, steht nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Naumburg dem überlebenden Ehegatten, also nicht den Eltern des Verstorbenen zu. In der Entscheidung wird ausgeführt, nach preußischem Recht sei für Reihengräber anerkannt, daß das Recht zur Benutzung eines Platzes auch die Befugnis umfasse, die Grabstätte zu schmücken und in würdiger Weise auszustatten, wozu auch das Setzen eines Grabsteins gehöre. Dieses Recht hätten aber nur Personen, die auf Grund ihrer familienrechtlichen Beziehungen dem Verstorbenen am nächsten gestanden hätten. Es stehe keineswegs demjenigen zu, der etwa die Kosten der Beerdigung bezahlt habe, wozu auch die Gebühren für die Grabstätte gehörten, und zu deren Tragung die Erben verpflichtet seien.

Schriftleitung Wilhelm Bell, Halver

Gemeinde Halver.

Bekanntmachung.

Die Gemeindevertretung hat am 18. Juli d. Js. auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1919 beschlossen, für das Steuerjahr 1919 (d. i. vom 1. April 1919 bis 31. März 1920) die steuerpflichtigen Einkommen bis einschl. 1500 Mk. zur **Gemeindesteuer** nicht heranzuziehen und die Einkommen bis einschl 8900 Mk. nach folgendem Tarife zur Geindeeinkommensteuer zu veranlagen.

Einkommen v.	1500—1650	M.	2,10	M.	(bish.	21	M.)
„	„ 1650—1800	„	5,20	„	„	26	„
„	„ 1800—2100	„	9,30	„	„	31	„
„	„ 2100—2400	„	14,40	„	„	36	„
„	„ 2400—2700	„	22,—	„	„	44	„
„	„ 2700—3000	„	31,20	„	„	52	„
„	„ 3000—3300	„	42,—	„	„	60	„
„	„ 3300—3600	„	56,—	„	„	70	„
„	„ 3600—3900	„	72,—	„	„	80	„

Die zur Erhebung kommende Gemeindesteuer beträgt 250% der neuen Steuersätze,

Die hierdurch eintretenden Steuerermäßigungen sind den Steuerpflichtigen auf ihrem Steuerkonto gutgeschrieben. Sie können sich diese Gutschrift bei Vorlage des Steuerzettels an der Gemeindekasse auf den Steuerzettel übertragen lassen. Die durch die Steuerermäßigung im ersten Vierteljahr entstandenen Ueberzahlungen werden auf die in den folgenden Vierteljahren fällig werdenden Beträge angerechnet.

Die Steuern für die Einkommen über 3900 M. bis 6500 M. bleiben unverändert.

Die Einkommen von mehr als 6500 Mk. werden mit erhöhten Sätzen zur Steuer herangezogen. Die Steuerpflichtigen erhalten hierüber besondere Mitteilungen.

Halver, den 24. Juli 1919.

Der Amtmann.

Drucksachen

in einfacher sowie guter Ausstattung werden bei schneller Bedienung und soliden Preisen geliefert von der

Buchdruckerei Wilhelm Bell jr.,
Halver i. Westf.

Druckmuster und Kostenanschläge stehen gern zu Diensten.

Einmach-Gläser
Einmach-Töpfe
Einkoch-Gläser
Einkoch-Apperate
mit allem Zubehör wie:
Prima Gummiringe Glasöffner, Verschlussfedern, Glasbürsten etc.
empfiehlt in grosser Auswahl zu bekannt billigen Preisen
Wilh. Bell jr., Halver.

Ich mache die Leute hiermit darauf aufmerksam, daß ich die
Gemeindewegböschungen
v. Mittel-Herweg b. Nieder-Herweg, vom Amt Halver
gemietet habe.
Hugo Majewski.

Cigaretten-Etuis
in schöner Auswahl
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Frachtbriefe
Eilfrachtbriefe
Vorschriftsmäßige
Anhänger
für Frachtgut und Eilgut
hat stets auf Lager
Wilh. Bell jr., Halver

Einige
Bankarbeiter
für sofort gesucht.
Dresbach & Co.
Halver.

Mehrere tüchtige
Aluminium-Besteckschleifer
gegen höchsten Lohn per sofort gesucht.
Degenhardt & Sippel,
Halver i. W.

Moderner Haarschmuck
wie Pagen, Seitenkämme, Vorsteckkämme, Haarhalter usw.
Ferner Staub-, Frisier- und Taschen-Kämme
sowie sämtliche
Toilette-Artikel.
Wilh. Bell jr., Halver.

Stoppelrüben-samen
hat abzugeben.
Zimmermann, Obl-Rönsahl.